

es nicht“



meindefinanzreform, damit die Kommunen zuverlässiger ihre Einnahmen planen können. Aber selbst wenn wir stärker umsteuern würden als zurzeit Rot-Grün, würde sich die Situation der Theater nicht von heute auf morgen verbessern.

Wie können Sie sich die Zukunft der kommunalen Theater vorstellen?

Ich stelle mir sie sehr schwierig vor und befürchte, dass sie an einigen Stellen vielleicht eine Spartenschließung vornehmen müssen. Viele dieser Stadttheater sind mehrspartige Häuser und da kann es schon passieren, dass sie das Tanz- oder auch das Sprechtheater aufgeben müssen. Ganz besonders schlimm wäre es meiner Meinung nach, das Kinder- und Jugendprogramm zu streichen. Dann kann man das ganze Theater dicht machen.

Was kann der Kulturausschuss für die Theater bewirken?

Eines ist klar: Die Politik hat sich in die Kultur nicht einzumischen. Das ist Aufgabe der Kulturschaffenden. Aber wir können Rahmenbedingungen setzen, Strukturen ändern, Experimente wagen außerhalb dieses engen Korsetts des Haushaltsrechtes. Man muss auch bedenken, dass das Land bis 1995 keine eigene Kulturpolitik betrieben hat.

Seitdem gibt es zwei Schwerpunkte. Zum einen die regionale Kulturpolitik, wozu NRW in Regionen aufgeteilt wurde, in denen dann Projekte gefördert wurden. In zwei Regionen - am Niederrhein und im Münsterland - zeigt diese Aktion Erfolg, in den übrigen Landesteilen gar nicht oder wenig. Leider wurde das Geld immer weiter zusammengestrichen, was die Effekte weiter mindert. Zum anderen wurde die RuhrTriennale geschaffen. Das ist in meinen Augen ein sehr zwiespältiges Projekt. Es ist fast unmöglich für jemanden, der sich für Kultur interessiert und für Kulturpolitik einsetzt, die Triennale vollkommen abzulehnen. Da aber immer weiter Gelder für die „alltägliche“ Förderung gestrichen werden - zum Beispiel für Stadtbüchereien -, sehe ich es als falsch an, auf der anderen Seite eine solche Veranstaltung auf die Beine zu stellen. Für mich persönlich ist es wichtiger, dass das kulturelle Basis-Angebot vor Ort einigermaßen aufrechterhalten wird, als dass es in einer einzelnen Region diese Eventkultur gibt. Ich glaube, dass wir im Ruhrgebiet keinen Mangel an Angeboten haben. Und ob die Triennale wirklich der erwünschte große Wurf wird, wage ich zu bezweifeln.

Was für eine Chance hat für Sie denn die Theaterlandschaft generell in NRW?

Sie wird weiter existieren, nur dann bedauerlicherweise auf einem anderen Niveau. Und irgendwie habe ich natürlich die Hoffnung, dass sich die finanzielle Situation bei den Kommunen und im Land in Zukunft verbessern wird. Sicher ist nur, dass es ganz ohne staatliche Förderung nicht geht. Das Angebot der Theater darf sich nicht nur danach richten, was die meisten Zuschauer anzieht. Es soll auch aufrütteln und nachdenklich machen. Dafür brauchen sie finanzielle Unterstützung außerhalb der eigenen Kassen.

Das Gespräch führten Stephanie Hajdamowicz und Sandra Ketterer



Kultur – auch ein wichtiges Thema im Parlament

Kulturelle Themen, allen voran der Erhalt und die Sicherung von kulturellen Einrichtungen im Land, sind immer wieder Gegenstand von Beratungen im Plenum sowie im Kulturausschuss des Landtags. So sorgten in der Vergangenheit immer wieder Anfragen einzelner Fraktionen zu Diskussionen über die Gesamtsituation von Kunst und Kultur in NRW. Ein besonderes Augenmerk richteten die Abgeordneten hierbei unter anderem auf Themen wie die Verwendung der Mittel der Stiftung „Kunst und Kultur des Landes NRW“, die Förderung des Bibliothekenwesens, den Erhalt der Schriftkultur Nordrhein-Westfalens sowie die Förderung des musikalischen Nachwuchses an den Musikschulen. Eine zentrale Rolle nehmen darüber hinaus die Beratungen über den Erhalt bzw. die Gewährleistung einer finanziellen Grundversorgung von Theatern und Schauspielhäusern ein. Der Gesamtetat für den Kulturhaushalt umfasst in diesem Jahr 129,44 Millionen Euro. Davon werden 14,57 Millionen für das Archivwesen, 4,96 Millionen für das Bibliothekenwesen und 91,52 Millionen für die sonstige Kulturförderung verwendet. Hinzu kommen 18,39 Millionen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG). Die Gesamtausgaben des diesjährigen Landeshaushalts belaufen sich auf 47,82 Milliarden Euro. Der Anteil des Kulturhaushalts am Gesamthaushalt beträgt 0,27 Prozent.